

aus den Klein- und Mittelbetrieben, blieben gleich oder sanken, die Betriebsmittel und Verbraucherpreise aber steigen von Jahr zu Jahr.

Die Verschuldung überschritt die astronomische Ziffer von 17 Milliarden. Nach der Regierungserklärung des neuen Bonner Kanzlers Erhard soll das so weitergehen. Es ist bereits beschlossene Tatsache, daß die Erzeugerpreise, beginnend bei Getreide, weiter sinken werden. Die Senkung der Getreidepreise wird schon in den nächsten beiden Jahren einen Einnahmeverlust von mindestens 1,5 Milliarden mit sich bringen. So wird die Lage für die meisten bäuerlichen Betriebe immer schwieriger. Nach offiziellen Berechnungen sollen bis zum Jahre 1970 eine Million bäuerliche Betriebe derin-, vor allem aber der ausländischen Konkurrenz weichen. Diese bauernfeindliche Politik Bonns rief unsere westdeutschen Berufskollegen zum erstenmal seit mehr als drei Jahrzehnten mit schwarzen Fahnen auf die Straße. Mehr als 100 westdeutsche Bauern beteiligten sich in den vergangenen Monaten an Treckermärschen und großen Protestkundgebungen. Zahlreiche Notgemeinschaften sind entstanden, in denen sich Bauern aller Betriebsgrößen zum Kampf um ihre Existenz, zum Kampf um die Erhaltung ihrer Wirtschaften zusammenschlossen.

Was ist die Hauptursache für diesen Niedergang der westdeutschen Landwirtschaft?

Um die westdeutschen Bauern irrezuführen, lügt die Bonner Agrarpropaganda plump und vermessen. Schuld sei die historisch überlebte Agrarstruktur in den westdeutschen Dörfern. Sie behauptet, jetzt komme es darauf an, die westdeutsche Landwirtschaft durch die Bildung kapitalistischer Großbetriebe auf Kosten der Masse der Bauern „wettbewerbsfähig“ zu machen, „eine Million zuviel“, heißt es kaltschnäuzig in Bonn. Kein vernünftiger Mensch wird bestreiten, daß auch in der westdeutschen Landwirtschaft der Großbetrieb dem Kleinbetrieb überlegen ist. Aber das ist beileibe nicht die Hauptursache für die gegenwärtige Ausweglosigkeit Hunderttausender Bauernwirtschaften. Die tatsächlichen Ursachen dafür sind: die Gier der Bonner Ultras nach Atomwaffen, ihre Politik zur Verhinderung der Abrüstung, Entspannung und Verständigung und die schamlose Ausplünderung der westdeutschen Dörfer durch die Großbanken. Landmaschinen-, Düngemittel-, Futter- und Nahrungsmittelkonzerne.

Wir meinen, wenn heute etwas überlebt ist, dann ist es die den Frieden bedrohende Innen- und Außenpolitik der westdeutschen Revanchisten und Militaristen. Die westdeutschen Bauern gehören zu den Bevölkerungsschichten, die von dieser Politik mit am meisten betroffen sind. Um sich in der NATO und der EWG weiterhin führende Positionen zu erschachern und um in den Besitz von Atomwaffen zu kommen, gibt die Bonner Regierung Westdeutschland als Abladeplatz für ausländische Agrarerzeugnisse frei. Doch wenn Atombomben fallen, kann überhaupt kein westdeutscher Bauer seine Felder bestellen, ganz gleich, ob in der Klein-, Mittel- und Großbauernwirtschaft oder im kapitalistischen Großbetrieb. Was soll also die westdeutsche Landwirtschaft mit Kernwaffen?

Die westdeutschen Bauern sehnen sich genauso wie wir nach einem friedlichen Leben.

Die Bonner Regierung erklärt des öfteren, sie müsse von den westdeutschen Bauern Opfer gegen die Bedrohung durch den Kommunismus verlangen, weil er angeblich die Bauern enteignet. Doch nicht der Kommunismus bedroht die westdeutschen Dörfer, sondern die Politik der herrschenden Kreise Bonns. Enteigne! wurden in unseren Dörfern nur die Militaristen, die Junker und Großgrundbesitzer, die uns jahrhundertlang die Faust in den Nacken setzten. Die genossenschaftliche Entwicklung unserer Landwirtschaft beweist überzeugend, wie richtig wir uns ihnen gegenüber verhielten. Und wenn wir gerade in den vergangenen beiden Jahren bei der Festigung der LPG gut vorangekommen sind, so ist das nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß unsere Regierung am 13. August 1961 allen Versuchen der Bonner Ultras, die Entwicklung unserer sozialistischen Landwirtschaft zu stören, ein Ende setzte. Von dem Schaden von mehr als 30 Milliarden DM, der uns bis zum 13. August von der Bonner Regierung zugefügt wurde, blieb auch unsere Landwirtschaft nicht verschont.

Der einzige Ausweg

Es gibt nur einen Ausweg, um die Lage der westdeutschen Bauern zu erleichtern und dieser unheilvollen Politik Einhalt zu gebieten. Wir wenden uns an alle westdeutschen Berufskollegen zu helfen, schon das Jahr 1964 zum Jahr der Annäherung und friedlichen Verständigung in Deutschland zu machen und sich gegen die weitere Verbreitung von Atomwaffen, gegen die multilaterale Kernrüstung der NATO und gegen jegliches Mitverfügungsrecht Westdeutschlands über Atomwaffen zu entscheiden.

Alle Versuche der Vertreter des Monopolkapitals, Arbeiter und Bauern zu spalten und Zwierrat zu säen, müssen verhindert werden. Wie die Erfahrung lehrt, sind Kampffaktionen die einzige Sprache, die die Bonner Ultras verstehen. Sie werden jedoch nur dann von dauerhaftem Erfolg sein, wenn die Bauern nicht allein, sondern gemeinsam mit der Arbeiterklasse, den Gewerkschaften und allen friedliebenden Menschen kämpfen.

Die Programme der Notgemeinschaften der Bauern und auch das auf dem Hamburger Bauerntag beschlossene Programm des Bauernverbandes enthalten richtige politische und wirtschaftliche Forderungen. Mit Recht verlangen die in den Notgemeinschaften organisierten Bauern, daß endlich mit der Degradierung der Bauern zu Menschen zweiter Klasse Schluß gemacht wird; in den Notgemeinschaften gibt es zahlreiche berechtigte Forderungen nach wirtschaftlichen und sozialen Reformen in der Landwirtschaft. Doch unsere westdeutschen Berufskollegen sollten keinen Augenblick vergessen, daß diese Forderungen nur durch eine Änderung der Bonner Politik, durch die Zurückdrängung des Einflusses der Militaristen verwirklicht werden können.

Erst dann wird der Weg frei für eine nationale Agrarpolitik in Westdeutschland, erst dann läßt sich die Existenzangst Hunderttausender bäuerlicher Betriebe endgültig beseitigen. Dann wäre es auch möglich, die Forderungen der Notgemeinschaften und einen Teil des Programms des Hamburger Bauerntages zu verwirklichen. Kleine und landarme Bauern könnten Boden erhalten. Für die einzelnen landwirtschaftlichen